



## Menschenbild

Wochenendgespräch mit der Soziologin Maria Mies über die Fremdbestimmung der Frau, das gute Leben und Männer im Kampf gegen das Patriarchat. Außerdem: In der Berichterstattung zur Frankreich-Wahl werden die Kriegseinsätze des Landes außer acht gelassen. Schwarzer Kanal

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO, 22./23. APRIL 2017 · NR. 94 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Marktradikales Motiv

Mutmaßlicher BVB-Attentäter spekulierte auf Aktienverluste des Dortmunder Fußballklubs

2

### Traumatisierte Kinder

Im Nordirak ermöglicht die jesidische Selbstverwaltung die Rückkehr von Geflüchteten nach Sindschar

3

### Berliner Beihilfe

Kinderkrankenhaus in Venezuela von bewaffneten Gruppen angegriffen. BRD kritisiert Caracas

7

### Harter Exilalltag

Das Eigentliche bleibt unsichtbar: Streifzüge durch Walter Benjamins Paris. Ein Vorabdruck

12

# Heißes Pflaster für AfD

Massenproteste gegen Bundesparteitag der Rechtsaußenpolitiker in Köln. Polizei will »mit starken Kräften« Blockaden verhindern. **Von Michael Merz**

Ein Stadtrundgang durch Köln werden sich die Delegierten des Bundesparteitags der »Alternative für Deutschland« (AfD) wohl abschminken müssen. Am Wochenende kommen die führenden Vertreter der rechten Partei im Maritim-Hotel im Zentrum der Domstadt zusammen und werden geradezu umzingelt sein von Gegenemonstranten. Die Polizei rechnet mit 50.000 Menschen, die gegen die Hetze der AfD ihre Stimme erheben wollen und angekündigt haben, den Parteitag zu blockieren. Zentraler Ort des Massenprotests ist der Heumarkt. Das Bündnis »Köln gegen rechts« erwartet dort ab dem frühen Samstag morgen etwa 15.000 Teilnehmer zu einer Kundgebung. »Köln stellt sich quer« demonstriert mit bis zu 30.000 Teilnehmern auf demselben Platz. Kneipiers, Künstler und Karnevalisten sorgen darüber hinaus für ein Programm mit reichlich Lokalkolorit auf weiteren Kundgebungen.

Alles deutet auf einen friedlichen Protest hin, die Polizei ist im Vorfeld des G-20-Treffens im Juli trotzdem mit 4.000 Beamten vor Ort. »Mit starken Kräften« werde man »konsequent einschreiten«, gab das Polizeipräsidium Kölns in einer Pressemitteilung bekannt. Es werde damit gerechnet, dass auch »gewaltbereite Personen« angezogen würden. Blockaden, die der Verhinderung des Parteitags dienen, wollen die Beamten »grundsätzlich« unterbinden. Polizeipräsident Jürgen Mathies sagte dem *Kölner Stadtanzeiger*, seine Behörde habe »konkrete Erkenntnisse«, wonach »Linksextreme« in Köln Rache üben wollten für den Polizeieinsatz beim AfD-Parteitag 2016 in Stuttgart.



50.000 Menschen werden laut Prognosen der Polizei am Wochenende in Köln gegen rechte Hetze demonstrieren: Einen Vorgeschmack lieferte der NRW-Wahlkampfauftritt der AfD am 8. April in Essen.

Im Inneren des Maritim-Hotels wird die Atmosphäre für die AfD-Delegierten wohl kaum harmonischer werden. Parteichefin Frauke Petry hatte vor wenigen Tagen angekündigt, nicht für eine Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl anzutreten, wobei sie gleichzeitig ihren »Zukunftsantrag«, der auf eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei ab 2021 zielt, durchdrücken will. Der stellvertretende Vorsitzende Alexander Gauland warf ihr am Freitag vor, die Partei zu spalten. Kocher Jörg Meuthen erklärte, die AfD brauche keine klare Abgrenzung gegenüber Neonazis und Rassismus, wie von Petry in dem Antrag gefordert. Die Vizevorsitzende Beatrix von Storch sprach sich derweil

für ein Spitzenteam mit Gauland und Vorstandsmitglied Alice Weidel aus. Auch sie stehe dafür bereit.

Ein brodelnder Konflikt ist der Umgang mit Parteipersonal, das regelmäßig mit neonazistischen Äußerungen kokettiert. Erst am Mittwochabend soll etwa Jens Maier, ein auf dem zweiten Platz der sächsischen Landesliste für die Bundestagswahl rangierender Richter, laut *Vorwärts* über den norwegischen Massenmörder und Rechtsterroristen Anders Breivik gesagt haben, dass dieser »aus Verzweiflung« 77 Menschen getötet habe. Zuvor hatte Maier bereits in NPD-Mannier von deutschem »Schuldskult« gesprochen. Politikwissenschaftler Hajo Funke erklärte am Freitag gegenüber

*jW*, führende AfD-Politiker reagierten regelmäßig mit »Beschwichtigung und Verharmlosung« auf solche Sätze. »Wenn Gauland zum Beispiel sagt, er könne die »Nationalromantiker« verstehen, dann soll er sich gleich zu Neonazis bekennen«, so Funke weiter. Der Forscher nahm aber auch die Berichterstattung in die Pflicht. »Medien haben teils eine katastrophale Wahrnehmung von der AfD«, sagte Funke. Das trage nicht zur Aufklärung über die Partei bei. Die Demonstranten, die am Wochenende in Köln auf die Straße gehen, forderte Funke zu gewaltlosem Protest auf: »Alles andere wäre moralisch verwerflich und strategisch dumm.«

■ Siehe Seite 8

## Frankreich: Toter nach Anschlag in Paris



Paris. Am Donnerstagabend hat sich in Paris ein Anschlag ereignet. Der mehrfach vorbestrafte Karim Cheurfi schoss auf dem Boulevard Champs-Élysées auf ein Polizeiauto. Er tötete einen Beamten und verletzte einen weiteren sowie eine Passantin, bevor er selbst erschossen wurde. Cheurfi war vor zwei Monaten kurzzeitig wegen des Verdachts festgenommen worden, Polizisten töten zu wollen. Die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) beanspruchte die Tat für sich. »Der Angreifer (...) ist Abu Youssef der Belgier«, erklärte das IS-Sprachrohr *Amaq*. Allerdings passt die Bezeichnung nicht zu Cheurfi. Gleichwohl wurde nahe seiner Leiche ein Schreiben mit IS-Bezug gefunden. Die belgische Polizei hatte nach einer Wohnungsdurchsuchung am Donnerstag vor einem »sehr gefährlichen« Mann gewarnt, der den vom IS genannten Vornamen trägt und womöglich nach Frankreich fahren wolle. (AFP/jW)

## Arbeits- und Ruhezeiten müssen geschützt werden

Hamburg. Laut einer Erhebung der IG Metall wollen die meisten Beschäftigten weiterhin ihre Arbeits- und Ruhezeiten gesetzlich geschützt sehen. In einer Befragung mit mehr als einer halben Million Teilnehmer hätten sich über 96 Prozent für den Erhalt des Arbeitszeitgesetzes ausgesprochen, bestätigte die Gewerkschaft am Freitag einen Vorabbericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*. »Wer die bestehenden Schutzregeln schleifen will, hat die Beschäftigten in Deutschland geschlossen gegen sich«, kommentierte dies der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, mit Blick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf. Das bestehende Arbeitszeitgesetz war von Vertretern der Wirtschaftslobby als nicht mehr zeitgemäß angegriffen worden. Es begrenzt unter anderem die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden. (dpa/jW)

# US-Administration jagt Whistleblower

Justizminister Sessions will »undichte Stellen« stopfen und Wikileaks-Gründer Assange anklagen

US-Justizminister Jefferson Sessions hat die Festnahme von Wikileaks-Gründer Julian Assange sowie den Kampf gegen die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zu einem der vordringlichsten Ziele der neuen US-Regierung erklärt. »Wir werden unsere Anstrengungen gegen alle undichten Stellen verstärken und verstärken diese bereits«, sagte Sessions am Donnerstag (Ortszeit) in Washington. Der Geheimnisverrat habe ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen, beklagte er. Erfahrene Sicherheitsexperten

seien »schockiert über die Zahl der undichten Stellen«. Einige der Fälle seien »ziemlich ernst«. Wann immer es möglich sei, sollten die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Laut einem Bericht der *Washington Post* haben US-Staatsanwälte in den vergangenen Wochen einen Entwurf für eine Anklage gegen Assange und weitere Wikileaks-Mitarbeiter ausgearbeitet. Demnach könnten er und seine Mitstreiter unter anderem wegen Verschwörung, Diebstahls von Regierungseigentum und Verstößen gegen das Spionagegesetz angeklagt werden.

Assange lebt seit 2012 im Exil in der Botschaft Ecuadors in London. Das südamerikanische Land hat dem 45-jährigen Australier Asyl gewährt.

Die Internetplattform Wikileaks hatte im Jahr 2010 ein politisches Erdbeben ausgelöst, als sie mehr als 250.000 vertrauliche Dokumente von US-Botschaften in aller Welt veröffentlichte. Sie enthüllte unter anderem Details über Verbrechen der US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan. Wikileaks machte auch Dokumente publik, die zeigen, wie der US-Geheimdienst NSA Bundeskanzlerin Angela

Merkel (CDU) ausspionierte. 2016 waren auf der Internetseite gehackte E-Mails der US-Demokraten nachzulesen. Im vergangenen Monat brachte Wikileaks die CIA in Verlegenheit: Die Plattform enthüllte eine Cyberespionagetechnik, mit der sich der Geheimdienst Zugang zu Smartphones und entsprechenden Fernsehern verschafft, um die Geräte zum Abhören zu nutzen. Der neue CIA-Chef Michael Pompeo bezeichnete Wikileaks deshalb in der vergangenen Woche als »feindlichen Geheimdienst«.

(AFP/jW)

**jW** wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

